



Religionsfreiheit gewähren – Christen schützen

Das „C“ ist für uns Programm



Warum setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion besonders für die Religionsfreiheit ein?

Die Religionsfreiheit ist eines der wichtigsten Menschenrechte. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und das Grundgesetz schützen sie. Viele Menschen betrachten den Glauben als Fundament ihres Lebens. Sie müssen ihren Glauben ohne Zwang und Beeinträchtigung leben können.

Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist das „C“ in ihrem Namen Programm. Sie macht Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbilds. So ist es naheliegend, dass sie sich mit der Lage der verfolgten und bedrängten Christen in aller Welt beschäftigt. Ihr Engagement gilt aber auch anderen Religionen.

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, betont: „Lange war die Religionsfreiheit kein Thema in der deutschen Politik. Zu Unrecht: Verfolgungen und Gewalt aus religiösen Gründen nehmen leider immer mehr zu. Der Terror des sogenannten Islamischen Staates ist ein neuer trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung.“

Was tut die Unionsfraktion für die Religionsfreiheit?

Für die Unionsfraktion stand das Thema schon seit langem hoch oben auf der Agenda. 2010 setzte sie sich dafür ein, dass der Bundestag den Antrag „Religionsfreiheit weltweit

schützen“ verabschiedete (Bundestagsdrucksache 17/2334).

Das besondere Engagement der Fraktion zeigt sich auch darin, dass sich im April 2010 einige Abgeordnete zu einem Arbeitskreis zusammenschlossen – dem Stephanuskreis. Der nach dem ersten christlichen Märtyrer benannte Kreis stellt die Religionsfreiheit ins Zentrum seiner Arbeit. Er widmet sich insbesondere der Lage der verfolgten Christen in aller Welt.

Zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit rief die CDU/CSU-Fraktion 2012 die Veranstaltungsreihe „Das ‚C‘ ist für uns Programm“ ins Leben. Dort diskutiert sie mit Vertretern von Kirche und Gesellschaft, wie man das Menschenrecht auf Religionsfreiheit verteidigen kann.

Im Koalitionsvertrag mit der SPD von 2013 wurde auf Initiative von CDU und CSU die Bedeutung der Religionsfreiheit besonders hervorgehoben. Darin heißt es: „Wir treten für die Religionsfreiheit als elementares Menschenrecht ein. Dies gilt auch für das Recht, keiner Religionsgemeinschaft anzugehören und die Religion zu wechseln.“

Wie stark sind Christen bedrängt oder verfolgt?

Von allen Religionsgruppen leiden Christen weltweit am stärksten unter Bedrängnis und Verfolgung. Schätzungen zufolge sind etwa 100 Millionen Gläubige betroffen. In den vergangenen Jahren hat das Ausmaß der Verfolgung sogar zugenommen.

Die Art der Bedrängnis ist vielfältig: Sie reicht von mangelndem Schutz über staatliche Diskriminierung und öffentliche Herabwürdigung bis zu offener Gewaltanwendung. Oft werden Christen gezwungen, ihre Religion aufzugeben. Der Übertritt zum Christentum wird mancherorts sogar als todeswürdiges Verbrechen angesehen.

Christen werden aber nicht nur staatlicherseits verfolgt, sondern auch von anderen ethnischen Gruppen angegrif-

fen. Das ist besonders in Afrika sowie im Nahen und Mittleren Osten zu beobachten. Dort leiden sie vor allem unter islamischem Extremismus. In Zentralafrika wiederum geht Gewalt auch von Christen aus.

Warum werden Christen benachteiligt?

Christen berufen sich oft auf Botschaften der Heiligen Schrift wie Gerechtigkeit und Solidarität. Dies empfinden andere Bevölkerungsteile mitunter als Bedrohung überkommener gesellschaftlicher Werte und Strukturen. So sind etwa Übergriffe in Indien zu erklären.

Diktaturen wie die in Nordkorea wiederum bekämpfen den Freiheitsgedanken, der vom Christentum ausgeht. In Nordkorea wird schon der Besitz einer Bibel mit dem Tod bestraft.

In islamischen Staaten dient die Staatsreligion als Klammer für die nationale Einheit. Andersgläubige

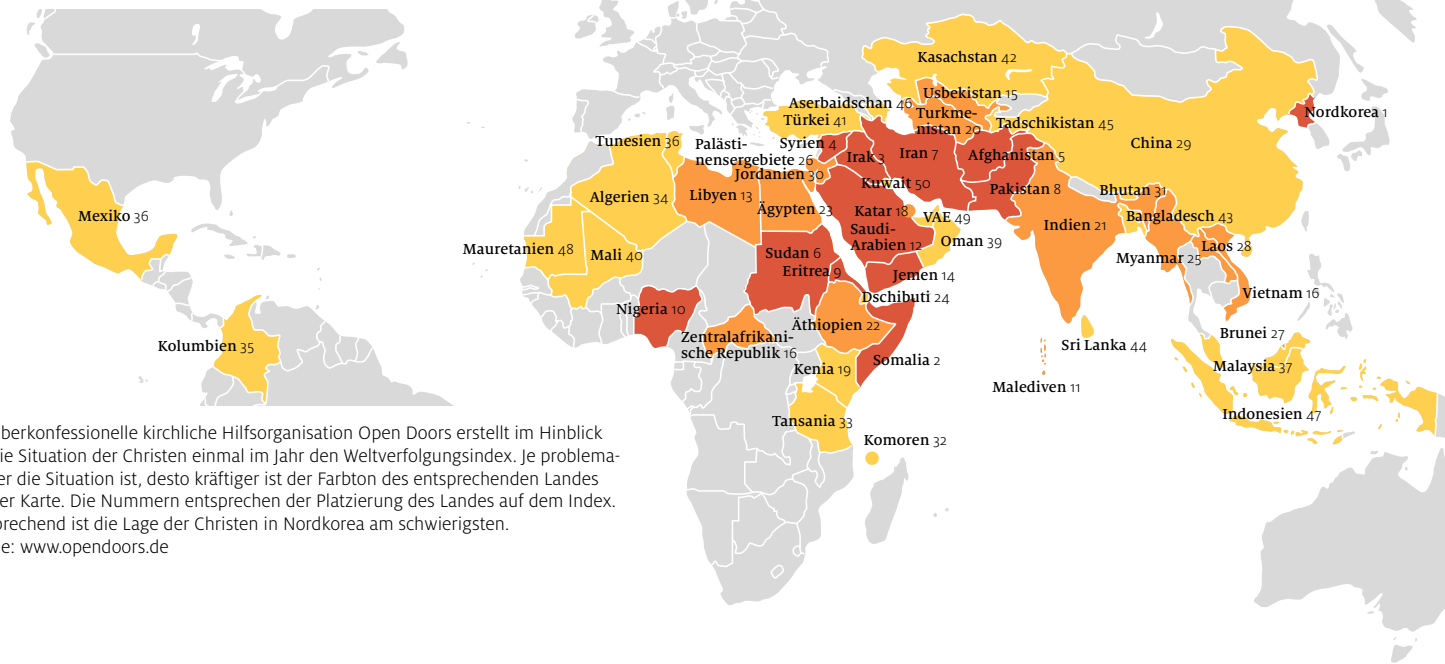
werden daher aus politischen Gründen benachteiligt. In Ländern wie Nigeria versuchen Angehörige anderer Religionen, Christen aus ihren angestammten Gebieten zu verdrängen, um diese selbst zu beherrschen. Besonders in den nördlichen Provinzen Nigerias, in denen die Islamisten-Gruppe Boko Haram wütet, hat sich die Situation der Christen verschlechtert.

Wo sind Christen besonders gefährdet?

Es gibt viele Brandherde. Von Irak bis Nigeria, von Nordkorea bis Somalia – Christen werden in zahlreichen Ländern der Welt verfolgt, bedroht, ausgegrenzt. Vor allem in Staaten, in denen sich das wachsende Selbstbewusstsein der Bevölkerungsmehrheit in einer Hinwendung zu ihrer Religion ausdrückt, sind christliche Minderheiten bedroht. Oft schlägt diese übertriebene Religiosität der Bevölkerungsmehrheit in Extremismus um, der sich gezielt gegen die Christen richtet.

Weltverfolgungsindex 2015

Wo Christen am stärksten verfolgt werden



Die überkonfessionelle kirchliche Hilfsorganisation Open Doors erstellt im Hinblick auf die Situation der Christen einmal im Jahr den Weltverfolgungsindex. Je problematischer die Situation ist, desto kräftiger ist der Farbton des entsprechenden Landes auf der Karte. Die Nummern entsprechen der Platzierung des Landes auf dem Index. Entsprechend ist die Lage der Christen in Nordkorea am schwierigsten.

Quelle: www.opendoors.de

Aber auch dort, wo die staatliche Gewalt zusammengebrochen ist, droht Christen Gefahr. Beispielsweise in Nordnigeria oder in Teilen des Irak, in denen die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ ihr blutiges Unwesen treibt, sind alle, die sich nicht den Radikalen unterwerfen, existenziell bedroht. Auch in Bürgerkriegsgebieten geraten Christen immer öfter zwischen die Fronten – wie das Beispiel Syrien zeigt.



verwandeln wollten. Die Rechte der Kopten standen zunehmend in Frage. Unter dem neuen weltlichen Präsidenten, der seit 2014 regiert, scheint diese Gefahr gebannt zu sein. Doch innerer Frieden ist noch nicht eingeleitet.

Wie ist die Lage der Christen im Nordirak?

Von der dramatischen Lage der Flüchtlinge im Nordirak machte sich der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder bei einem Besuch in der kurdischen Regionalhauptstadt Erbil im Sommer 2014 selbst ein Bild. Auf Initiative der CDU/CSU-Fraktion leistet Deutschland humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge und liefert Defensivwaffen an die kurdischen Kämpfer, um sie in ihrem Kampf gegen den „Islamischen Staat“ zu unterstützen. Die Bundeswehr bildet die Peschmerga auch an den Waffen aus. Trotz einiger militärischer Erfolge der internationalen Gemeinschaft im Kampf gegen den „Islamischen Staat“ gibt sich die Terrormiliz bislang jedoch ungeschlagen.

Wie hat sich die Situation in Ägypten entwickelt?

Die Lage der koptischen Christen in Ägypten, die seit langem im Blickpunkt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht, ist weiterhin fragil. Doch können die Kopten, die sich als Urbevölkerung Ägyptens verstehen, unter der neuen Führung von Präsident Abdel Fattah al-Sisi vorsichtig aufatmen. Vor dem Sturz des Präsidenten Husni Mubarak waren sie von Seiten des Staates oft unzureichend geschützt. Sie wurden nicht selten Zielscheibe des Hasses extremistischer Muslime.

Nach dem arabischen Frühling 2012 kamen die Muslimbrüder mit Mohammed Mursi an die Regierung, die Ägypten in einen islamischen Gottesstaat

Wie steht es um Angehörige anderer Religionen?

Weltweit leiden neben den Christen auch Angehörige vieler anderer Religionen unter Benachteiligung und Verfolgung, etwa die Baha' i im Iran oder Menschen jüdischen Glaubens. Betroffen sind inzwischen auch Hunderttausende von Muslimen, die sich dem Terror des „Islamischen Staates“ widersetzen. Darüber hinaus wurden Tausende von Jesiden im Nordirak vom sogenannten Islamischen Staat vertrieben, versklavt und getötet. Der Terror im Namen der Religion hat mittlerweile auch Europa, Amerika und Asien erreicht.

Wie ist die Rolle der Vereinten Nationen?

In der Vollversammlung der Vereinten Nationen kam eine Resolution zur Verurteilung der Christenverfolgung bisher nicht zustande. Immerhin befasste sich der UN-Sicherheitsrat Ende März 2015 erstmals mit der Verfolgung von Christen und anderen Minderheiten durch den „Islamischen Staat“.

UN-Generalsekretär Ban Ki Moon ermutigte Volker Kauder bei dessen Besuch in New York 2012, den Einsatz der Fraktion für Minderheiten, die aus religiösen Gründen verfolgt werden, fortzusetzen.

Mit Professor Heiner Bielefeldt aus Nürnberg stellt Deutschland einen UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit.

Herausgeber

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
Parlamentarische Geschäftsführer

Kontakt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Presse und Information
Platz der Republik 1 · 11011 Berlin
T 030. 2 27-5 53 74 · F -5 01 46
fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de

Bürgerinformation

T 030. 2 27-5 55 50
fraktion@cducsu.de

Satz/Layout

Heimrich & Hannot GmbH

Druck

Industriedruck GmbH
Gedruckt auf Papier aus ökologisch, ökonomisch und
sozial nachhaltiger Waldbewirtschaftung

Bildnachweis

Titel: Vor dem „Islamischen Staat“ geflüchtete Christen aus
der Nähe von Mossul haben Zuflucht in einer Kirche in einem
christlichen Viertel in Erbil/Nordirak gefunden, August 2014
(picture alliance/dpa)

Innenseite: Geflüchtete muslimische Frauen und Kinder
haben Zuflucht in der Kirche St. Pierre in Bangui/Zentralafrika-
nische Republik gefunden, Januar 2014
(picture alliance/dpa)

Außenseite: Kauder im Gespräch mit Priestern im koptisch-
orthodoxen Kloster Bachomeus/Ägypten, März 2015
(Ulrich Scharlack)

Grafik: Open Doors

Bundestagsdrucksachen

17/2334 Religionsfreiheit weltweit schützen, 30.6.2010;
17/9185 Fortbestand des Klosters Mor Gabriel sicherstellen,
27.3.2012

Stand

Mai 2015

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
dient ausschließlich der Information. Sie darf während
eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung
verwendet werden.